



Aus dem Inhalt:

- 0 Aus dem Gemeinderat
- 0 LKH Knittelfeld
- 0 Airpower Lärm
- 0 Baumschlägerungen
- 0 Pflegepetition

NACHRICHTEN

Zugestellt durch post.at

Die Preise explodieren - Zeit zu handeln!

8,7 % Inflation, so viel wie seit über 40 Jahren nicht. Die Preise, vor allem für Energie, aber auch für Lebensmittel und Wohnen, explodieren. Für immer mehr Menschen, auch jene mit mittleren Einkommen, wird die Teuerung immer mehr zum Problem. Heizen, Wohnen - das tägliche Leben wird zum Luxus.

460 Euro wird ein durchschnittlicher steirischer Haushalt im Jahr 2022 mehr fürs Heizen ausgeben müssen als im Vorjahr. Hauptpreistreiber ist Erdgas, aber auch Strom, Pellets und Fernwärme sind deutlich teurer geworden. Die Wohnkosten sind in den letzten 10 Jahren um 32% gestiegen, dabei ist die heurige Teuerung noch nicht eingerechnet.

Lebensmittel sind durchschnittlich 10,3 % teurer geworden. Insbesondere Weizenprodukte, aber auch Fleisch und Milch liegen noch deutlich darüber. Die Treibstoffpreise sind um über 60 % gestiegen, wobei hier Österreich sogar vor einigen Nachbarländern liegt.

Preise steigen - Löhne stagnieren

Was aber nicht, oder viel zu wenig steigt ist das Einkommen der arbeitenden Bevölkerung. Im Jahr 2022 werden die Reallöhne um 2,3% sinken. Vor allem für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen ergeben sich dadurch starke Verluste, da sie den größten Teil ihres Einkommens genau für die Produkte ausgeben müssen, die am stärksten von der Teuerung betroffen sind.

Spekulation für die Hälfte des Anstiegs verantwortlich

Der Krieg in der Ukraine wird häufig als Ursache der Krise und der Inflation genannt und er ist auch ein verstärkender Faktor. Doch bei den Preisen war schon Ende des letzten Jahres ein Anstieg erkennbar. Energiekonzerne nutzen die Krise aus um Profit zu schlagen: Obwohl ein



8% TEUERUNG IST WIE:

- 13 Mal Miete zahlen
- 13 Mal Monatseinkauf zahlen
- 13 Mal Strom und Heizung

ohne dass mehr Wohnung, mehr Essen, mehr Licht da ist.

KPO
www.kpoe.at

großer Teil des österreichischen Stroms aus Wasser- und Windkraft gewonnen wird, wird der Strompreis nach dem Gaspreis berechnet. Für allein die Hälfte des Preisanstiegs ist die Spekulation an den Börsen verantwortlich.

ÖkonomInnen haben untersucht, dass die Inflation in manchen Branchen dazu genutzt wird, die Preise um mehr als die Teuerung zu erhöhen und so nicht nur die gestiegenen Kosten an KundInnen weiterzugeben, sondern die Profite gleich mit zu erhöhen. Hier muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden!

PeaceHour statt Airpower!

ein Zeichen für den Frieden statt einer Waffenschau
Vortrag: Aufrüstung und Klimakrise

Podiumsdiskussion mit
Dr. Erwin Buchinger
Sozialminister a.D.

Dienstag, 30. August

18:30 Uhr
Weißer Saal, Kulturhaus Knittelfeld

Berndt Luef Trio

Monatelanger Druck der KPÖ erfolgreich: Gemeinde beschließt Maßnahmenpaket gegen Teuerung!

Die KPÖ hat bereits im Vorjahr begonnen Maßnahmen gegen die Teuerung vorzuschlagen und stetig und vehement einzufordern. So haben wir die Aussetzung der Gebührenerhöhungen, der Mieterhöhungen bei Gemeindewohnungen, einen Teuerungsbonus, die Indexierung der Sozialleistungen sowie eine Knittelfeld-Card vorgeschlagen.

Bis zur letzten Gemeinderatssitzung sind wir damit leider auf taube Ohren gestoßen, aber drangeblieben. „Reden Sie mit den GemeindevertreterInnen, unterstützen Sie unsere Forderungen. Um ein Umdenken und Maßnahmen gegen die Teuerung zu erreichen braucht es auch Druck von unten“, so haben wir in unseren letzten Knittelfelder Nachrichten geschrieben.

Nun wurde einstimmig ein Teuerungspaket der Gemeinde beschlossen. Die Gebühren werden im nächsten Jahr nicht erhöht, der Energiekostenzuschuss steigt 2023 von 120 auf 150 Euro. Die Schwimmbadpreise im Sommer werden gesenkt und im kommenden Kindergartenjahr wird es eine Gutscheinkarte für Bastelbeiträge geben.

Großteil wirkt erst im nächsten Jahr

Das sind wichtige Maßnahmen und wir sind froh, dass es zu einem Umdenken gekommen ist. Die Maßnahmen wirken aber größtenteils erst im nächsten Jahr. Wer schnell hilft, hilft doppelt. Die KPÖ war der Ansicht, dass es auch Sofortmaßnahmen, wie insbesondere einen Teuerungsbonus, braucht. Unseren Antrag im Sozialausschuss diesen und auch andere Entlastungsvorschläge zu beraten haben SPÖ, ÖVP und FPÖ unverständlicherweise aber abgelehnt. Wir werden aber weiterhin am Ball bleiben.

Nachtrag: Aus den Medien war ein paar Tage

Zirkusplatz: Baumschlägerung



Die Pappeln am Zirkusplatz wurden geschlägert. Ursprünglich war von rund 20 Bäumen die Rede. Dann wurde der gesamte Bestand gefällt. Wir erhielten daraufhin mehrere Anrufe

Im Gemeinderat wurde argumentiert, dass die Bäume beschädigt gewesen seien und deshalb „Gefahr im Verzug“ gegeben gewesen sei. Es sei geplant rund 35 bis 30 Bäume als Ersatz zu pflanzen.

Wir haben angeregt, solche Schlägerungen künftig besser zu planen. Die Baumschäden kommen nicht von heute auf morgen und Schlägerungen in der Brutzeit - die bis September gilt - sind problematisch. Die AnrainerInnen sollten auch besser informiert werden - das würde viel Aufregung ersparen.

später zu erfahren, dass die SPÖ-Knittelfeld plant, einen Teuerungsbonus in der Höhe von 100 Euro einzuführen. Obwohl sie unseren Vorschlag dazu zuvor im Gemeinderat noch abgelehnt hat. Wir freuen uns für jene, die einen solchen Bonus nun erhalten werden. Wir finden es aber schade, dass die SPÖ nicht gewillt ist konstruktiv mit den anderen Parteien über die so notwendigen Maßnahmen zur Unterstützung der KnittelfelderInnen zu beraten.

Es geht auch um Würde und Gerechtigkeit

Die Gemeinden können an einigen Schrauben drehen, die die Auswirkungen der Inflation auf die Menschen etwas abfedern. Dass gleiche gilt für das Land Steiermark.



Auch der Großteil der Maßnahmen der Bundesregierung waren bis jetzt nur Symptombekämpfung, die den Menschen im besten Fall eine kurze Verschnaufpause ermöglichen. Eine wichtige Maßnahme und langjährige Forderung der KPÖ, die Indexierung der Sozialleistungen, wird nun teilweise umgesetzt.

Ein Bündel an Maßnahmen

Damit der Zugang zu lebenswichtigen Produkten nicht unleistbar wird braucht es Preisregulierungen. Einige Länder sind diesen Weg bereits gegangen. Zum Beispiel könnte der Grundverbrauch an Energie preislich gedeckelt werden. Auch eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und Mieten müsste in Betracht gezogen werden.

Die verminderten Steuereinnahmen müssen allerdings ausgeglichen werden damit der Sozialstaat handlungsfähig bleibt. Darum braucht es Maßnahmen zu einer Umverteilung: Reichen- und Erbschaftssteuern auf Millionen- und Milliardenvermögen, Luxussteuern auf ausgewählte Produkte und höhere Spitzensteuersätze auf extrem hohe Einkommen. Es braucht Maßnahmen gegen die Spekulation wie z.B. die Besteuerung der Übergewinne, die durch die Preiserhöhungen entstehen.

Es geht aber auch um die Würde der Menschen, die nicht immer mehr zu Bittstellern um Zuschüsse und Sozialleistungen gemacht werden dürfen. Deshalb braucht es so schnell wie möglich höhere Löhne, Gehälter und Pensionen, gesetzliche Mindestlöhne und Pensionen von denen JedeR gut leben kann meint...

... Ihr KPÖ-Gemeinderat Josef Meszlenyi

LKH Knittelfeld: Personalmangel, Bettenschließungen: Es braucht einen Wandel in der Gesundheitspolitik!

Vor mehreren Monaten haben die Beschäftigten des LKH-Knittelfeld gegen die unhaltbaren Zustände, wie Personalmangel und hohe Belastung demonstriert. Vor kurzem haben ÄrztInnen in einem Brief an KAGes-Vorstand Gerhard Stark gewarnt, dass schon ab September die Normalversorgung zusammenbrechen und eine Triage, also eine Auswahl, welche Patienten behandelt werden und welche nicht – unumgänglich werden könne.



Nun wurde bekannt, dass die Bettenanzahl von 122 auf 90 reduziert wird. Als wäre das nicht schlimm genug, sorgt der KAGes-Vorstand Gerhard Stark in seiner

Reaktion für noch mehr Kopfschütteln: „Ich muss auch von der Bevölkerungsseite her überlegen: Wie gehe ich mit einem Gesundheitssystem um? Wann brauche ich wirklich ein Krankenhaus?“, gab er dem ORF gegenüber zu Protokoll.

Es ist ungeheuerlich der Bevölkerung den schwarzen Peter für die dramatische Situation im LKH Murtal zuzuschieben – niemand geht aus Spaß ins Krankenhaus! Die Schuldigen für den latenten Personalmangel sitzen nicht im Wartezimmer, sondern auf den Regierungsbänken in Land und Bund!

Bürgermeister Harald Bergmann hat in den Medien erklärt: „Auch wenn es sich nur wenige Politiker zu sagen trauen, weil sie die nächste Wahl fürchten: Aber wir werden wohl nicht an allen LKH-Standorten alle Leistungen wie bisher weiterführen können.“. Das so hinzunehmen ist für uns eine Bankrotterklärung.

Die Schließung der Chirurgie in Knittelfeld und später die Zusammenlegung der Krankenhäuser Judenburg, Knittelfeld und Stolzalpe wurde der Bevölkerung als ‚zukunftsweisendes Projekt‘ verkauft – nun ist nicht einmal mehr die Grundversorgung gesichert.

KPÖ-GR Sonja Karimi hat in der Gemeinderats-

Innenhof Kärntnerstraße: Leider keine Einbindung der MieterInnen



Wie wir bereits berichtet haben, wird der Innenhof der Wohnanlage Kärntnerstraße - Freiheitsalle neu gestaltet. Die Planungen dazu sind nun abgeschlossen und auch bereits vom

Gemeinderat beschlossen. Die KPÖ hat mehrmals eingefordert die BewohnerInnen, die den Innenhof nutzen und teilweise schöne Gärten angelegt haben, mit einzubeziehen und über den Verlauf zu informieren. Das ist leider ausgeblieben.

Vize-Bürgermeister Erwin Schabhüttl begründete das damit, dass er dem Gemeinderat nicht vorgrei-

sitzung nachgefragt, ob der Bürgermeister schon Gespräche mit der KAGes aufgenommen habe. Der Bürgermeister antwortete, er habe Kontakt mit KAGes Vorstand Stark gehabt, allzuviel sei noch nicht herausgekommen, man müsse weiterhin einen medialen Aufschrei erzeugen.

Die medizinische Versorgung der Bevölkerung des Murtals muss abgesichert werden. Hier müssen alle politischen Kräfte an einem Strang ziehen. Es ist höchste

Zeit, dass die politisch Verantwortlichen die Augen öffnen und den Kurs in der Gesundheitspolitik ändern, bevor wir sehenden Auges in einen Notstand schlittern. Der ÄrztInnenmangel und die Probleme im Gesundheitsbereich sind nicht über Nacht gekommen, schon seit vielen Jahren haben viele ExpertInnen und auch die KPÖ gewarnt.

Viele Jahre lang wurde das Gesundheitssystem kaputtgespart. Gerade erleben wir, dass Milliardenbeträge für Militär und Rüstung bereit gestellt werden soll. Wir brauchen Geld für Gesundheit und Pflege statt für Aufrüstung!

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler fordert eine deutliche Aufstockung der Medizin-Studienplätze, ein verbessertes Personalbedarfsplanungsinstrument für die Spitäler und die Ausarbeitung eines konkreten Maßnahmenpakets zur Erhöhung der Zahl von ÄrztInnen in der öffentlichen Gesundheitsversorgung.

fen könne. Eine seltsame Argumentation, wenn man bedenkt, dass in fast jeder Gemeinderatssitzung Beschlüsse erst im Nachhinein gefasst werden.

Der Plan für den Innenhof sieht Pkw-Stellflächen, eine Parkfläche, einen Spielplatz und Platz zum Aufhängen der Wäsche vor. Auch wurde zugesagt, dass es genügend Gartenflächen auf dem angrenzenden Grundstück der OWG gäbe. Wenn das alles eingehalten wird also ein positives Vorhaben. Allerdings ist uns die Vorgangsweise der Gemeindeverantwortlichen unverständlich: Man hätte sich und den BewohnerInnen viel Aufregung und Ärger erspart, wenn man offen mit ihnen gesprochen und die BewohnerInnen einbezogen hätte.



Kärntnerschule: Reinigung an Privatfirma vergeben



Seit Mai werden die Reinigungsarbeiten in der Kärntnerschule von einer privaten Reinigungsfirma durchgeführt. Aber erst Ende Juni wurde der Gemeinderat mit der Beschlussfassung

dieser Veränderung befasst. Für die KPÖ ist diese Vergabe an eine Fremdfirma ein Fehlentwicklung. SPÖ, ÖVP und FPÖ stimmten zu.

Ohne Beratung mit den anderen Fraktionen hat man sich entschieden ab Mai die Reinigungsarbeiten in der Kärntnerschule an eine Fremdfirma zu vergeben. Auch die betroffenen Beschäftigten wurden völlig überrascht und nur höchst kurzfristig darüber informiert, dass sie plötzlich an anderen Dienststellen in der Gemeinde beschäftigt sind.

Die Vergabe der Reinigungsarbeiten wurde nicht ausgeschrieben, sondern freihändig an die Reinigungsfirma vergeben. Das ist kein Umgang mit den Beschäftigten, eine Missachtung der anderen Fraktionen und der empfehlenswerten Praxis, dass Aufträge ausgeschrieben werden sollten, **und es ist vor allem eine völlig falsche sozialpolitische Weichenstellung.**

In bedeutendem Ausmaß werden nun Dienstleis-

tungen nicht mehr von Gemeindebediensteten, sondern von einer Fremdfirma ausgeführt. Wir sind der Meinung, Leiharbeit ist eine sozialpolitische Fehlentwicklung und sollte zurückgedrängt werden. Eine Gemeinde, der Sozialpolitik wichtig ist, sollte sich die Aufgabe stellen sichere, attraktive und fair bezahlte Arbeitsplätze anzubieten - statt auf Leih- und Fremdarbeit zuückzugeifen. Nicht zuletzt wird durch Leiharbeit der private Profit einer Fremdfirma durch die öffentliche Hand mitfinanziert

Die Gemeinde Spielberg ist einen anderen Weg gegangen und hat Reinigungskräfte, die früher über eine Fremdfirma tätig waren, wieder bei der Gemeinde angestellt. Leider gehen SPÖ, ÖVP und FPÖ in unserer Gemeinde einen anderen, wir meinen sozialpolitisch falschen, Weg.

Steiermärkische
SPARKASSE 
In jeder Beziehung zählen die Menschen.



Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-GR Josef Mezlenyi
und DSA Karin Gruber

Donnerstag, 28. Juli

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.30 bis 11.30 Uhr,
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

www.kpoe-steiermark.at

Die KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook

**Raiffeisenbank
Aichfeld**



Buchhandlung in Knittelfeld

Steinberger Hof

Kirchengasse 6

Telefon 03512 71 374

www.steinbergerhof.at

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Renate Pacher. Druck: Fa. Gutenberghaus



Airpower: Der Lärmterror hat bereits begonnen!

SPÖ, ÖVP und FPÖ nicht bereit Verbesserungen einzufordern

Die BewohnerInnen des Aichfelds sind durch den normalen militärischen Flug- und Übungsbetrieb das ganze Jahr über stark lärmbehaftet! Neben den erheblichen Lärmquellen durch Autobahn, Eisenbahn und den privaten Motorflugbetrieb gibt es zusätzlich in mehr als der Hälfte des Jahres eine außerordentliche Lärmbelastung durch den Red Bull Ring. Zusätzlich zu dieser massiven Lärmproblematik kommen nun noch die Vorbereitungsflüge für die Airpower.

Wir meinen die Gesundheit, das Ruhebedürfnis und das Wohlbefinden unserer BewohnerInnen des Aichfelds muss über wirtschaftlichen Interessen stehen! Deshalb haben wir in der letzten Gemeinderatssitzung folgenden Antrag gestellt:

Resolution der Stadtgemeinde Knittelfeld betreffend die Übungsflüge zur AirPower

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Knittelfeld möge beschließen: Der Gemeinderat fordert das Ministerium für Landesverteidigung auf folgende Anweisungen bzw. Anordnungen im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zur AirPower 2022 zu erlassen:

1. Aus Lärm und Sicherheitsgründen sind militärische Kunstflugübungen im Aichfeld ausschließlich über militärischem Gelände auszuführen unter Rücksichtnahme auf die dort angrenzenden Wohngebiete. Es dürfen keine wie immer gearteten Flugübungen über Wohngebieten mehr stattfinden!
2. Einrichtung einer Beschwerdestelle für Lärmbelastungen im Zusammenhang mit diesen Übungsflügen! Diese Beschwerdestelle muss mit Anordnungsbefugnissen ausgestattet werden um ein sofortiges Handeln bei unerträglichen Lärmbelastungen zu gewährleisten!
3. Die Vorführungen bei der AirPower und die im Vorfeld stattfindenden Übungen sind auf ein Minimum zu reduzieren.

SPÖ, ÖVP und FPÖ haben unseren Antrag abgelehnt. Statt dessen wurde ein Antrag der ÖVP angenommen, der den Bürgermeister auffordert mit dem Verteidigungsministerium Kontakt aufzunehmen um den „Lärmdialog“ zwischen den Bürgermeistern und Heeresvertretern wieder aufzunehmen.

Der „Lärmdialog“ hat in der Vergangenheit zu keinen Verbesserungen geführt - im Gegenteil: Die Lärmbelastung ist ständig gestiegen. Nun finden alle Flugbewegungen in unserer Region statt. Z.B. musste der Kindergarten in Spielberg verlegt werden weil auf Grund des gestiegenen Fluglärms am ursprünglich vorgesehen Bauplatz nicht mehr gebaut werden darf.

Statt beim zuständigen Ministerium zu protestieren und verbindliche Verbesserungen einzufordern haben sich SPÖ, ÖVP und FPÖ für eine zahnlose Augenauswischerei entschieden. Das ist uns völlig unverständlich.



Ist die Gesundheit der Bevölkerung egal?

Die Art der Übungsflüge für die Airpower ist eine Zumutung. Lärm macht krank, das kindliche Gehör ist besonders sensibel.

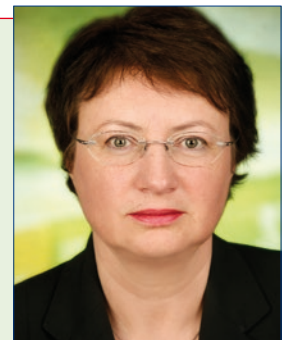
Das kann im Interesse der Gesundheit unserer Bevölkerung so nicht hingenommen werden. Deshalb haben wir nebenstehenden Antrag gestellt. Wir haben den Antrag bewusst so formuliert, dass es nicht um eine Zustimmung oder Ablehnung zur Airpower geht, sondern um Schutz und Gesundheit der Bevölkerung. Damit wollten wir erreichen, dass auch Befürworter der Airpower mitgehen können - und somit möglichst viel politischer Druck erzeugt wird.

In Spielberg, Fohnsdorf und Judenburg hat die SPÖ unserem Antrag zugestimmt. Die Forderungen gehen also an das Verteidigungsministerium. Die ÖVP hat sich z.T. der Stimme enthalten, einige ÖVP-Gemeinderäte haben auch zugestimmt.

Nicht so in Knittelfeld. Hier hat die SPÖ - statt verbindlichen Lärmschutz einzufordern - einen Alibiantrag der ÖVP mitgetragen. Damit hat sie nicht nur die Position der anderen Gemeinden geschwächt, sie hat vor allem die Bevölkerung im Stich gelassen.

Wesentlicher Profiteur der Airpower ist Red Bull. Der Rechnungshofbericht zur Airpower hat das klar aufgezeigt. Geht es um wirtschaftliche Interessen spielen Wohl und Gesundheit der Menschen allzuoft keine Rolle. Der Lärmterror, den wir in den letzten Wochen ausgesetzt waren ist ein trauriger Beleg dafür...

... meint Ihre KPÖ-Stadträtin Renate Pacher



Billaschließung: Ein Schlag gegen die Nahversorgung



Der Billa am Hauptplatz wurde geschlossen. Das ist für viele BewohnerInnen der Innenstadt ein Problem und ein schwerer Rückschlag für die Nahversorgung.

Wir haben im Gemeinderat nachgefragt, ob es Bemühungen für eine Lösung gibt. Der Bürgermeister antwortete, es werde an Lösungen gearbeitet.

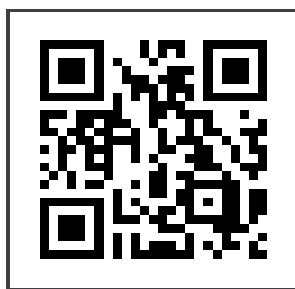
Es geht nicht nur um einen Ersatz für die Billa-Filiale, in der Innenstadt gibt es generell sehr viel Leerstand. Der neue Hauptplatz wird zwar als Treffpunkt gut angenommen, aber die Erwartungen bezüglich der wirtschaftlichen Belebung hat der Hauptplatzumbau nicht erfüllt. Das war wohl auch eine Illusion.

Wenn die Politik im Sinne der Handeskonzerne handelt und der Ausbau am Stadtrand forciert wird - und die Menschen durch die Teuerung immer weniger Geld in der Tasche haben, haben der kleine Einzelhandel und die Innenstadt schlechte Karten.

Petition „Nie wieder Airpower“

Wir fordern ein Ende dieser Art von Veranstaltungen. Wir treten ein für eine sinnvolle und nachhaltige Alternative, die einen Beitrag leistet, das Bewusstsein für den Klimawandel, neben Krieg die zweite große Bedrohung für die Menschheit, zu steigern.

Wir haben dafür eine Online-Petition gestartet und laden Sie ein, diese mit ihrer Unterschrift zu unterstützen. Sie können die Petition über folgenden QR-Code erreichen und finden sie außerdem auf unserer Facebookseite: KPÖ Murtal. Sehr gerne schicken wir Ihnen auch Unterschriftenlisten zu, denn die Petition kann auch auf Papier unterschrieben werden. **KPÖ-Knittelfeld. Tel.: 03512/82240**



Aus dem Gemeinderat

Krematorium: Fläche für Photovoltaik nutzen!

Der Ankauf eines neuen Warmwasserwärmetauschers für das Krematorium um rund 58.000 Euro wurde beschlossen. KPÖ-GR Josef Meszlenyi regte an die Fläche des Daches der Aufbahrungshalle für Photovoltaik zu nutzen. Das würde sich anbieten und sei im Sinne der Umwelt und der Gemeindefinanzen. Vize-BGM Erwin Schabhüttel antwortete es werde an bereits an einer Umsetzung gearbeitet.

Musikschularife wieder erhöht

SPÖ, ÖVP und FPÖ haben die Erhöhung der Tarife für die Musikschule beschlossen. Der Jahresbeitrag wird künftig 514 Euro für SchülerInnen und 996 Euro für Erwachsene betragen. Unserer Ansicht nach waren die Beiträge schon in der Vergangenheit viel zu hoch. Jetzt in der Krise noch zu erhöhen ist ein falsches Signal. Die Erhöhung trifft vor allem Familien.

Es ist erwiesen, dass Musik zur Allgemeinbildung und Persönlichkeitsentwicklung beiträgt. Deshalb sollte das Angebot in Musikschulen für Kinder eigentlich kostenfrei sein, und auch Erwachsene sollten die Möglichkeit haben sich günstig weiterzubilden.

Aichfeldbus

Die Gemeinden Fohnsdorf, Judenburg, Spielberg, Zeltweg und Knittelfeld beteiligen sich an der Finanzierung des Aichfeldbusses. Der Anteil unserer Gemeinde beträgt rund 161.540 Euro pro Jahr für die Buslinien, rund 31.200 Euro für die Koodinierungsstelle, sowie einen Beitrag zu den Kosten der Verkehrsplanungsfirma.

Es ist gut, dass es den Aichfeldbus gibt. Will man den öffentlichen Verkehr aber für möglichst viele attraktiv machen, müssen die Tarife deutlich billiger werden. Auch die Idee eines Gratis-Öffentlichen Verkehrs, wie es ihn in manchen europäischen Städten gibt, sollte diskutiert werden.



Josef Meszlenyi

Sylvia Lammer

Sonja Karlini

Renate Pacher

Wir wünschen allen Knittelfelderinnen und Knittelfeldern einen schönen, erholsamen und sorgenfreien Sommer!

Ihre KPÖ-GemeinderätInnen und die KPÖ-Knittelfeld

Festrede von Peter Faßhuber, gehalten bei der Gedenkstätte des KZ-Lagers Bretstein:



Der Regisseur, Geschäftsführer und künstlerische Leiter der Theaterland GmbH in Oberzeiring, Peter Faßhuber, hat die Festrede bei der heurigen Gedenkveranstaltung bei der Gedenkstätte beim KZ-Lager Bretstein gehalten. Wir wollen seine wichtigen Worte hier wiedergeben:

Sehr geehrte Damen und Herren, ich fühle mich geehrt, an diesem Gedenktag, an dieser besonderen Gedenkstelle, diese Rede halten zu dürfen und bedanke mich für die Einladung.

Dieser Ort ist ein Mahnmal für den Frieden. Ein Mahnmal gegen Waffen und ein Mahnmal gegen die Grausamkeit. Auch ein Mahnmal gegen die Dummheit der Eliten, die im Krieg ihr Heil und in Waffen ihr Vermögen finden.

Nimmt man die Antarktika und Australien aus, gibt es gegenwärtig keinen Kontinent auf dieser Welt ohne Krieg. Weltweit sterben jährlich rund eine viertelmillion Menschen unmittelbar an kriegerischen Handlungen. Eine Viertelmillion – das heißt, Jahr für Jahr wird bei kriegerischen Handlungen eine Stadt fast in der Größe von Graz ausgelöscht. Und deshalb möchte ich heute hier an dieser Stelle ein flammendes Plädoyer für den Frieden halten.

Kurt Tucholsky würde heute wieder, wie zu seinen Lebenszeiten, fragen: „Merkt ihr nicht?“ Dieser Frage müssen wir uns stellen. Die Antwort muss lauten: Doch, wir merken, was los ist, was der Plan ist, auf alle Fälle keiner, der uns vielen Menschen gut tut.

Die Zeitung aufgeschlagen, den Fernsehsender eingeschaltet, schon ist zu vernehmen, überall in diesen Medien herrscht wilder Trommelwirbel, heftig wird für Aufrüstung, für Eskalation, gegen Entspannung und gegen Verständigung getrommelt.

Schlimmerweise ist es so, dass dementgegen das Wort Frieden nicht inflationär und heftig ausgerufen würde. Aber es muss herausgeschrien werden, seiner Umsetzung Nachdruck verliehen werden. Das Wort Frieden in seiner grandiosen, wunderbaren Natur – es ist alternativlos.

Es besteht Handlungsbedarf, weil unsere selbsternannten Eliten schon handeln und das zu unser aller Schaden. Der deutsche Militärhaushalt wird zum Beispiel monströs erweitert. Der Wahnsinn hat Methode. Der Bevölkerung, wird das als ehrenwert zu unser aller Nutzen verkauft. Und dabei kommt kein ernstgemeintes, realistisches Friedensangebot der führenden Kräfte. Uns wird zielgerichtet eingebläut, dass nur Waffen das Erfolgsmittel im Krieg wären.

Die Zerstörung ist in vollem Gang, nicht nur in der Ukraine, viele Kriegsherde werden am Brennen gehalten. Das und vieles mehr ist empörend. Erinnern Sie sich noch an die großen Wörter der Friedensbewegung in den 80ern des vergangenen Jahrhunderts? Abrüstung, Rüstungskontrolle, Konfliktverhütung, Vertrauensbildung....

In nicht wenigen westlichen Regierungen wird von oberster Stelle eine „Kriegsmüdigkeit“ befürchtet. Zitat Frau Baerbock. Man stelle sich das mal vor: „Kriegsmüde“ zu sein als Gefahr für den Frieden? Emanuel Kant sagte einst sinngemäß: Kriege dienen dazu, aus guten Menschen schlechte zu machen. Kriege kennen keine Sieger, nur Verlierer.

Und deswegen: Kriege müssen beendet, nicht fortgeführt werden. Reden statt Schießen. Verhandeln statt Eskalation. Verhandeln und Reden ohne Ende. Ohne Vorbedingungen. Waffen sind kein Mittel die Welt besser zu machen.

Wir befinden uns im 21. Jahrhundert und wieder und immer noch herrschen Kriege, wieder kommt es zu Aufständen und Unruhen. Das Wort des Klassenkampfes wird offen und ungeniert ausgesprochen, die Klasse der Reichen, der Waffenlobbys, die Manager der Waffenindustrie – und die besten sind in westlichen Demokratien beheimatet – hält sich den Bauch erfolgstrunken und vor Lachen, gewinnen sie den Kampf.

Der US-Investmentbanker Warren Buffet sagte dazu lässig: „Es herrscht Klassenkampf und meine Klasse, die Superreichen, gewinnt.“ „Merken Sie was?“

In bedanke mich dafür, dass Sie mir zugehört haben und wünsche Ihnen und uns allen eine friedvolle Zukunft! Schon im Sinne unserer Kinder und Enkelkinder. Denn wie sagte einst Michail Gorbatschow? „**An den Frieden denken, heißt an die Kinder Denken!**“

Die KPÖ sammelt Unterschriften für eine Pflegepetition!



**Geht's der Pflege gut,
geht's uns allen gut!**

**Wir fordern von der
steirischen Landesregierung
Maßnahmen gegen
die Pflegekrise.**

Ausgebrannte Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeheimen, leerstehende Betten durch Personalmangel, fehlende Ausbildungsplätze: Die Corona-Pandemie hat die Pflege-Krise in der Steiermark dramatisch verschärft. Dass es dringend Lösungen braucht, wissen die Verantwortlichen in Landes- und Bundesregierung seit vielen Jahren – es fehlt jedoch an entschlossenen Taten!

Unsere Gesundheit und Pflege sind für uns als Bürger:innen, Pflegekräfte sowie Patient:innen von entscheidender Bedeutung. Darum fordern wir mit unserer Unterschrift die steirische Landesregierung dazu auf, folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. **Aufstockung der Ausbildungsplätze für Pflegeberufe.**
2. **Verbesserung des Personalschlüssels in Spitälern und Pflegeheimen, für gute Arbeitsbedingungen und höhere Betreuungsqualität.**
3. **Finanzielle Absicherung für Personen in Pflegeausbildung, ähnlich der Polizei-Ausbildung.**
4. **Höhere Entlohnung für Pflegekräfte.**
5. **Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Ziel einer 35-Stunden-Woche in der Pflege.**

Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Petition an die Stmk. Landesregierung gemäß § 110 Volksrechtegesetz.

Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift

Unterschriften bitte schicken an: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld oder in unserem Büro vorbeibringen, oder in den Postkasten werfen. Gerne schicken wir Ihnen auch Unterschriftenlisten zu. Tel.: 03512/82240